

# Dresdner Volkszeitung

Versandkonto: Dresden  
Koblen & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Sachs. Staatsbank, Dresden,  
Kauf der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, L. O., Dresden,  
Bebr. Kirchhof, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnamtspreis: einschließlich Porto mit der ständigen Unterhaltungsbeilage 4 Mark, halbjährlich 7 Mark, Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weinereck 10, Fernsprecher Nr. 5391. Druck- und Verlagsanstalt: Weinereck 10, Fernsprecher Nr. 5391 und 13707. Arbeitszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 20 von breiter Spaltenbreite zu 10 Pf., der 30 von breiter Spaltenbreite zu 15 Pf., für ungedruckte Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Miet-angebote 40 bzw. 250 Pf. für Kleinanzeigen zu 10 Pf.

Nr. 41

Dresden, Freitag den 17. Februar 1928

39. Jahrg.

## Sofortige Auflösung?

### Vor der Entscheidung über das Schicksal des Reichstags

SPD. Das Reichskabinet veranlagte sich am Donnerstag um 15.30 Uhr im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Bizekanzlers Dergt, um das vom Reichstagsrat beschlossene Liquidationsgesetz in Angriff zu nehmen. Das Kabinet stellte sich auf den Standpunkt des Reichsfinanzministers, daß dieses Gesetz ein Schlußgesetz sein müsse, daß allerdings gegen eine weitergehende Entschädigung bei Neuzeitsetzung der Reparationen nichts einzuwenden sein würde. Als zweiter Punkt des Arbeitsprogramms wurde der Nachtragsetz beprochen. Die Erörterung darüber konnte aber bis zum Beginn der auf 18 Uhr angeordneten Besprechungen des Bizekanzlers Dergt und der beteiligten Ressortminister mit den Führern der bisherigen Koalitionsparteien nicht mehr zu Ende geführt werden.

Zu der Parteivorbereitung bildete der Kabinettssekretär über das Liquidationsgesetz die Grundlage der Beratung. Die Vertreter aller vier beteiligten Parteien erklärten sich mit dem vom Kabinet vereinbarten Wortlaut einverstanden. Meinungsvorverständnisse bestanden nur noch über die Entschädigungssätze. Eine neue Staffelform der Entschädigung sollte bis zum Freitag gefunden werden. Am Anschließung wurde die Kabinettsberatung der Beratung der übrigen Punkte des Arbeitsprogramms vorgesetzt. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, vertagte man die Beratungen auf Freitag vormittag 10 Uhr. Man wird dann vor allem versuchen, eine Verständigung über die Maßnahmen zur Linderung der Not in der Landwirtschaft herbeizuführen. Die Ausführungen hierfür sind zur Zeit sehr gering, weil die Deutschnationalen dem Reichskabinet inzwischen mehrere Anträge zur Verdrückung unterbreitet haben. Es handelt sich hier um Anträge rein agitatorischer Art, gegen die sich sowohl das Zentrum wie auch die Volkspartei wenden. Am Donnerstagabend war man deshalb in maßgebenden parlamentarischen Kreisen der Meinung, daß noch am Freitag mit einer Auflösung des Reichstags zu rechnen ist und die Neuwahlen bereits Ende März stattfinden. Die endgültige Entscheidung darüber dürfte am Freitag fallen.

### Die Forderungen der Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Donnerstagabend mit der Erledigung der Reichstagsarbeiten befaßt, wie sie das Programm der Reichsregierung, das bisher allerdings in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt ist, vorliest. Ueber die Beratungen der Fraktion ist im einzelnen zu bemerken:

Die sozialdemokratische Fraktion ist mit der im Arbeitsprogramm der Regierung vorgesehenen Verdrückung des

Staats für 1928 und des Nachtragsetzes für 1927 bis spätestens Ende März 1928 einverstanden. Sie ist bereit, einer Regelung betreffend die Kontingentierung der Staatsdebatten zuzustimmen, die die rechtzeitige Verdrückung des Staats zum Ziele hat. Eine solche Vereinbarung bedeutet keine Zustimmung zum Etat.

Die sozialdemokratische Fraktion hat zum Etat nur Anträge gestellt, die sich nach Lage der Reichsfinanzen verantworten lassen. Ihre Berichtigungsanträge gehen in der Summe weit über die wenigen Erhöhungsanträge hinaus.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt den angekündigten Anträgen der Reichsregierung auf Unterstützung der Kleinrentner entgegen. Sie ist der Auffassung, daß nach Wegnahme der ebenfalls vorhandenen Mittel gleichzeitig die Sozialrentner in ihren Bezügen aufzuheben werden müssen.

Die sozialdemokratische Fraktion setzt als selbstverständlich voraus, daß die bisherigen Regierungsanträge auf Erhöhung von Entschädigungen weder beim Etat 1928 noch beim Nachtragsetz 1927 heißen werden.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt den angekündigten neuen Anträgen der Reichsregierung zum Liquidationsgesetz entgegen und ist grundsätzlich bereit, die Verdrückung dieses Gesetzes vor Ende März 1928 zu fördern.

Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit, einem Uebertragungsantrag zuzustimmen, das die Fortführung der Beratung des Strafgesetzbuchentwurfs im kommenden Reichstag erleichtert sei.

Die sozialdemokratische Fraktion hält sich an die vorhergehenden Erklärungen nur gebunden, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Auflösung des Reichstags so erfolgt, daß die Neuwahlen spätestens am 13. Mai d. J. vorgenommen werden können.

### Wieber's Ohnmachtsanfall

Die Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags hielten am Donnerstag nachmittags eine gemeinsame Sitzung ab. Die Beratungen wurden unterbrochen, da der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Wieber, während eines schmerzhaften Ohnmachtsanfalls erlitt. Wieber stand gerade im Begriff, über die mitteldeutsche Metallarbeiterauswertung zu sprechen.

Er erregte sich dabei über das Verhalten der Unternehmer, daß er plötzlich zusammenbrach.

Da Wieber im Laufe dieser Woche bereits zweimal ähnliche Anfälle erlitt und der geistige Anfall außerordentlich schwer war, betrachtet man seinen Zustand als bedenklich.

Die gemeinsamen Beratungen wurden gegen Abend mit der Feststellung des Vorsitzenden beendet, daß zwischen beiden Fraktionen über die einzuleitenden Schritte volle Uebereinstimmung herrscht. Das Zentrum ist bereit, an der Verdrückung des Staats lastlich mitzuwirken und ebenso als dringlich ersuchten Gesetze verdrücken zu helfen. Falls sich jedoch am Freitag eine Einigung über das Arbeitsprogramm für die Landwirtschaft nicht ergeben sollte, will die Zentrumsfraktion die sofortige Auflösung des Reichstags fordern.

## Das System bleibt

### Nach Groeners Reden

H. F. Herr Groener hatte, als seine Ernennung zum Nachfolger Gehlers bekannt wurde, im allgemeinen eine gute Presse. Die Blätter der bürgerlichen Mittelparteien empfangen ihn mit offenen Armen. Die der äußersten Rechten machten allerdings Vorbehalte, ihnen war der Mann doch etwas zu republikverträglich. Der Redner der Sozialdemokratie erklärte in der Staatsberatung, Herr Groener habe sich das Vertrauen der Sozialdemokratie erst noch zu erwerben. Sein böses Wort zum Januartreff von 1918, das die Streifenden als „Hundsdötter“ bezeichnete, bleibt unvergessen. Genosse Dittmann hat damals für die Unabhängigen eine scharfe Rede gegen den General gehalten, die in die Formel ausklang: ein Hundsdöter ist, wer Arbeiter am Streiken verhindern will. Inzwischen sind zehn Jahre verfließen. Zur Jahre 1918 hatten wir noch Krieg, obwohl die Niederlage Deutschlands schon so gut wie sicher war. Herr Groener hat aber noch vor kurzem eine Hungerung getan. Die alten Republikaner zu denken geben mußte. Er stützte und berief sich auf das Vertrauen Lindenburgs, während die Verfassung für einen Minister das Vertrauen des Parla ments voraussetzt. Vielleicht war das nur ein falscher Jugendschlag, wie man nach seiner zweiten Rede im Ausbaltungsaußuß annehmen kann.

Die erste Rede an dieser Stelle war allerdings geeignet, dem Mißtrauen von links Nahrung zu geben. Sie sollte keine Programmklärung sein, wie der neue Mann von vorn herein bemerkte. Das war nur eine taktische Vorsicht. Denn wenn ein Minister fünf Viertelstunden spricht, kann er doch nicht nur Nebensächliches sagen, er muß wohl oder übel auch zu grundsätzlichen Fragen Stellung nehmen. So mußte der Standpunkt der Linken ausfallen, daß ein Bekenntnis zur Republik ausblieb, daß das Wort Republik in der ganzen Rede vermieden wurde. Ähnlich wie der „Republikaner“ Marx, war in den entsprechenden Wendungen nur vor der Verfassung die Rede. Und wie der Höbus-Kandal vom Minister behandelt wurde, mußte erst recht alle in Erläuterung setzen, die ein rücksichtsloses Zugreifen charakterisierten. Aber statt einer eindeutigen, scharfen Verurteilung gab es eine Menge Entschuldigungen, die wie Verzweiflung Klagen gegenüber dem Kapitän Lohmann, der viele Millionen Reichsgelder in unverantwortlicher Weise an ein Privatunternehmen auf eigene Faust vergeudet hat. Die angeblichen nationalen Verdienste des höchst verdächtigen Marineoffiziers interessieren die Öffentlichkeit nunmehr doch nicht im geringsten. Da die Erklärung zu dieser Angelegenheit schriftlich fixiert war, ist sie wohl mehr als ein Produkt der Leute aus den Marinekreisen zu bewerten, die aus irgendeinem Grunde eine Ehrenrettung des Kapitäns als ihre Hauptaufgabe ansahen. Doch der Minister trägt natürlich dafür unter allen Umständen die Verantwortung. Daß er nicht scharfer zugreift, ist um so auffälliger, wenn man bedenkt, daß Gehlers Rücktritt auf diese Affäre zurückzuführen ist. — Was in jener Rede über das vielerörterte Kapitel des Offiziers- und Mannschaftserlasses zu vernehmen war, konnte

## Im Frühjahr soll es losgehen!

### Reichsbuchschiffen mit Teifen der Reichswehr und kommunistischen Rot-Front-Kämpfern unter Führung von Ehrhardt!

Wie wir am Mittwoch mitteilen, hat der Vorsitzende der preussischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Ernst Seilmann, auf der Preussentagungsversammlung der Sozialdemokratie eine Reihe von Briefen verlesen, die von Willing-Führern geschrieben waren und die „Verdrückung“ der Marine durch patristische Willing-Teufe ganz eindeutig beleuchteten. Einer der Hauptbeteiligten ist der Willingmann Blaas. Dieser Blaas gehört zu den Mitwirkern des Rathenau-Mordes und ist fernerzeit in dem großen Prozeß gegen die Rathenau-Mörder wegen Mitschuld an dem Verbrechen unter Verurteilung der wichtigsten Anzeiger zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Der Vorwärts ist in der Lage, einige weitere Briefe aus diesem Briefschiffenlagern zu veröffentlichen. Sie bezeugen, daß die Parole des Kapitäns Ehrhardt „Geran an den Staat!“ nur zu verstehen ist im Sinne der inneren Anschließung und der offenen Ueberrumpelung der Republik. In dem Briefwechsel erscheint Blaas zunächst unter dem Pseudonym „Didel“. Der Staatsgerichtsbesitzer, der fernerzeit die Rathenau-Mörder aburteilte, hat ausdrücklich festgestellt, daß Blaas und Lillieffen beschlossen in den Plan der Mörder eingeweiht waren und daß sie ihn weder verhindern noch rechtzeitig der Behörde davon Mitteilung machten.

Die nachstehenden Briefe zeigen, daß die Buchschiffen dieser Gezellen nach wie vor bestehen und daß eine besondere Kommando neben der Reichswehr hauptsächlich auf die kommunisten gerichtet ist, während die Sozialdemokraten als ihre schärfsten Gegner erscheinen, die von ihnen als die „roten Banditen“ bezeichnet werden.

### Mit Reichswehr und Rotfront!

H. H. H. H., Kassel, den 14. Dezember 1927.

V. Nichte.  
... Persönlich zeige ich nun, um durch gelegentliche Ansprachen oder Ansprachen gute Stahlhelmer auf meine Seite zu bekommen. Dabei leiste ich mit aller Vorsicht weitere Fertigungsarbeit, indem ich vor allem das Führermaterial scharf mache und immer wieder betone, daß im Ernstfalle die Masse der Stahlhelmsührer doch nicht auf dem Posten sei. Nebenbei gebe ich dann auch außerhalb des Stahlhelms meine Bewegung wieder auf, damit wir für den Ernstfalle eine wirkliche Kontrolle an bestem Material haben.

Weiterhin betone ich immer sehr stark, daß unter keinem Umstände jemand in die Reichswehr im Ernstfalle eintritt. Die Reichswehr stellt in E. immer die Verbindung der roten Regierung dar und wird nach ihren Anweisungen allein handeln. Hat der Chef (Ehrhardt, Red.) aber eine starke Anhängerschaft hinter sich, so kann er in allen Fällen Bedingungen stellen und so unserer Sache, wenn auch zunächst nur in kleinem Rahmen, helfen.

Somit soll mit der Reichswehr die bestmögliche Verbindung gehalten werden, damit wir dort den Namen des Chefs immer bekannt machen und sich sehr leichten Anschlüssen stellen, etwa gegen uns zu arbeiten lassen, weiß, daß der Name Ehrhardt unbedingt mit etwas Gutm. verbunden ist. Den Offizieren ist es ja wohl klar, daß, wenn Ehrhardt mal das Oestl in der Hand hat, für sie auch bessere Zeiten kommen werden.

Es wird sich hier vor allem auch darum handeln, Anschluß an die Rotfront-Partei oder kommunisten zu bekommen, um dort feste Propaganda für die russische Stalin-Richtung zu machen. Das wert mit Erfolge haben werden, wird sich herausstellen. Nun noch eine sehr interessante Nachricht. Einer unserer Leute in Dörmig bei Tarnstedt hatte am Sonntag, 11. abends, Gelegenheit, einer Führung von Rotfront-Teilnehmern als Späher im Meißnerpark im Auftrag der Partei, für

die er arbeitet, um zur Schutzpolizei zu kommen. Hebrigeno allem behält er seit Jahren im Bunde, also keine Gefahr.

Im Frühjahr soll es spätestens losgehen. Bis dahin Ausrichtung in Ordnung bringen und nachts die Leute wieder ausbilden. Losgeschlagen soll in Verbindung mit den kommenden Wirtschaftskreis werden. Für Rotfront könnte nur die Richtung Trotski in Frage.

Man solle darüber aber nicht weiter sprechen, damit kein Spalt in die Partei und Rotfront getragen würde. Von Verfassung wurde nichts gesagt. Somit auch nichts Wesentliches. Die Leute wollen also handeln, ehe sie durch die neue russische Richtung in den eigenen Reihen noch mehr Zwist haben.

### Die „roten Banditen“

Heil, 22. März 1927.  
Acht lieber Didel! (Gemeint ist Blaas, Red.)  
Als Wichtigstes: Ich bin aus meiner Stellung geflogen. Scheidemann und Konsorten haben es tatsächlich fertig gebracht, daß das Reichswehrministerium rotan machte und kein „nationaler“ Regierungsbund hat der Frage Einhalt geboten. Ich bewaue ich in stark, daß meine Freigabe den internationalen Banditen genügt. Wahrscheinlich ist ihr Appetit nur angeregt worden. Wir soll es gleich sein: Ich sehe nach dieser Seite recht nach klar und freiche einen neuen Faktor endlich aus unsern politischen Rechnungen...

Wir Reichswehrleute haben immer geschwiegen und unser Licht unter den Scheffel gestellt. Jetzt, wo sich die Weikler schinden und der „Kriminelle“ reines Gold aus dem Phrasenjuchit ausgescharrt hat, erkennen wir, daß das Gold unser gehört. Jetzt müssen wir sprechen, um der Brigade, um Marxus und Fischers (die Rathenau-Mörder, Red.) willen...

Meine fernerzeit mitgeführten Ausführungen über die Masse hat Du, wie es scheint, mitgehört. Natürlich bin auch ich der Ansicht, daß

die Tat, der erste Anlauf, nur durch eine fanatische Ueberrückte Ueberbeuterei gelingen muß. Ich sprach nur von der Notwendigkeit der organisierten Masse im Dunst auf die vom Chef (Ehrhardt, Red.) augenblicklich eingeschlagene Politik, die sich parlamentarischer Mittel bedient. Ich blöde in Treue stets Dein  
Klinch.

90  
90  
34